



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XVI/17 - 20. Januar 1961

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21831-33

Fernschreiber 0886890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	<u>Europa und Afrika</u> Auf dem Wege einer wirksameren Zusammenarbeit Von Willi Birkelbach, MdB, Vorsitzender der Sozialistischen Fraktion des Europäischen Parlaments	69
3 - 4	<u>Um die "Öffnung nach links"</u> Entscheidende Wochen für den italienischen Sozialismus Von unserem Korrespondenten in Rom, Franca Magnani	74
5 - 5a	<u>Wohnungsbauminister nicht unterrichtet</u> Lücke will die Folgen seines eigenen Gesetzes nicht sehen Von Fritz Büttner, MdB	54
5a	<u>Arzneikostenbeteiligung einmalig in ganz Europa!</u> Das nennt man "Begrenzung des Sozialstaates"	26
6 - 8	<u>Militärische Internationale in Heidelberg</u> "Vollintegriertes Bataillon" - Generalstab ohne Befehlsgewalt Reportage von Günther Paschner	144

* * * *

Europa und Afrika

Auf dem Wege einer wirksameren Zusammenarbeit

Von Willi Birkelbach, MdB

Vorsitzender der Sozialistischen Fraktion
des Europäischen Parlaments

Vor einigen Monaten ergriff das Europäische Parlament die Initiative, die Abhaltung einer Konferenz vorzuschlagen, an der ausser den Mitgliedern des Europäischen Parlaments Delegierte der Parlamente der mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft assoziierten afrikanischen Staaten und Madagaskars teilnehmen sollten. Diese Initiative wurde von den meisten afrikanischen Staaten und in Madagaskar sehr positiv aufgenommen. Vom 23. bis 26. Januar wird nun in Rom eine vorbereitende Sitzung stattfinden, an der eine Delegation des Europäischen Parlaments und die Präsidenten der Parlamente der mit der EWG assoziierten afrikanischen Staaten und Madagaskars oder deren Vertreter teilnehmen werden. Neben der Lösung der verwaltungstechnischen Probleme wird die Hauptaufgabe der vorbereitenden Sitzung in der Ausarbeitung des Entwurfs einer Tagesordnung für die Anfang des Sommers in Strassburg stattfindende Konferenz bestehen.

Es handelt sich hier um ein sehr wichtiges Ereignis, das einen Meilenstein in der Geschichte der Beziehungen zwischen Europa und Afrika bilden wird. Denn zum erstenmal werden, in einem fast institutionellen Rahmen, Europäer, Afrikaner und Madegassen, die in ihren Heimatstaaten grosse politische Verantwortung tragen, ihre Standpunkte konfrontieren und versuchen, die Grundzüge einer fruchtbaren und dauerhaften Zusammenarbeit zwischen dem Gemeinsamen Markt und den mit ihm assoziierten afrikanischen Staaten und Madagaskar zu definieren. Die besondere Bedeutung liegt darin, dass ihre Volksvertreter zusammenkommen und nicht Diplomaten oder Interessenten. Mit anderen Worten, es werden alle massgebenden politischen Kräfte vertreten sein. Die sozialistische Fraktion des Europäischen Parlaments ist bereit, nach Kräften an einer besseren Verständigung zwischen den Völkern Europas und Afrikas mitzuarbeiten. Sie ist der Ansicht, dass die geplante Konferenz ein sehr nützlicher Fortschritt auf diesem Wege sein kann.

Es ist gewiss nicht falsch, wenn man sagt, dass beim gegenwärtigen Stand der Dinge die im Vertrag von Rom vorgesehene Assoziation ihre Aufgabe nur unvollkommen erfüllt und an Wirksamkeit viel zu wünschen übrig lässt. Dies ist auf mehrere Ursachen zurückzuführen. Die Afrikaner haben die Assoziation nicht verlangt. Sie wurde ihnen von dem -2-

europäischen Staat, der sie verwaltet, auferlegt. So vorteilhaft sie auch vom wirtschaftlichen oder sozialen Standpunkt aus sein mag, zu einem Zeitpunkt, in dem Afrika und Madagaskar kurz vor der Erlangung ihrer Unabhängigkeit standen, war diese Art des Vorgehens ein grober politischer und psychologischer Fehler. Ausserdem haben nach dem Inkrafttreten des Vertrages von Rom die für die Assoziation verantwortlichen Organe nicht immer sehr gut funktioniert. Die meisten vom europäischen Entwicklungsfonds finanzierten Projekte, die gebilligt wurden, haben noch nicht das Anfangsstadium ihrer Ausführung erreicht. Es konnte nachgewiesen werden, dass vom Zeitpunkt der Einreichung der Projekte bis zur Unterzeichnung der ihrer Ausführung vorausgehenden Abmachungen durchschnittlich 22 Monate vergingen. Damit ist allein schon bewiesen, dass beim Funktionieren der Assoziation nicht alles zum Besten bestellt ist. Die Afrikaner sind übrigens nicht sehr befriedigt und haben kürzlich beschlossen, bei den Verhandlungen, die für die Erneuerung des Assoziationsabkommens stattfinden sollen, eng zusammenzuarbeiten. Sie haben ein Sachverständigenkomitee gebildet, das beauftragt ist, die Lage zu untersuchen und die grossen Linien für eine gemeinsame Aktion festzulegen.

Die Sozialistische Fraktion ist ihrerseits der Ansicht, dass die Afrikaner und die Madegassen eng und völlig gleichberechtigt an der Verwaltung und Durchführung der Assoziation beteiligt werden müssen. Die Assoziation darf nicht den Zweck haben, Europa afrikanische Erzeugnisse zu möglichst niedrigen Preisen zu sichern, sondern ihr Hauptziel muss es sein, in vertrauensvoller Zusammenarbeit die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der assoziierten Staaten zu fördern. Auf jeden Fall muss bei der Assoziation jeder Versuch einer Bevormundung unterbleiben. Es wäre untragbar, dass der Gemeinsame Markt zum Instrument einer neokolonialistischen Politik würde. Man muss vielmehr eine gleichberechtigte Partnerschaft, in jeder Weise, zur Wirklichkeit werden lassen.

Es ist auf jeden Fall wichtig, der Assoziation einen neuen, dynamischeren Inhalt zu geben. Sie muss dazu dienen, die Beziehungen zwischen Europa und seinen afrikanischen Partnern und Madagaskar zu verbessern. Die geplante Konferenz wird die Aufgabe haben, den Grundstein zu einer fruchtbarer und realistischer Zusammenarbeit zu legen. Die Sozialisten werden sich für ihr Gelingen einsetzen.

Um die "Öffnung nach links"

Von unserem Korrespondenten in Rom, Franca Magnani

Immer öfters geschieht es in den letzten Jahren, dass die ganze italienische Politik in einem gewissen Sinn von der Entscheidung der italienischen Sozialisten abhängig gemacht wird. Heute geht es darum, auf dem im März stattfindenden Parteitag der Linksozialisten die autonomistische Politik der Partei in unwiderruflicher und unmissverständlicher Weise darzulegen. Von dieser Stellungnahme erhoffen sich die demokratischen Zentrumsparteien - früher oder später - die Möglichkeit einer sozialistischen Mitbeteiligung an der Regierung.

Die italienische Demokratie benötigt einen sozialistischen Beitrag wie nie zuvor. Dies ist auch einem Teil der Christlichdemokratischen Partei bewusst; sie tritt für das "Gespräch" mit den Sozialisten ein. Der Gegner dieser neuen politischen Konstellation gibt es viele. Sie sind in jedem Lager zu finden: unter den Christlichdemokraten sowie unter den Linksozialisten, ganz abgesehen von den Kommunisten und den Rechtsparteien, die diese Zusammenarbeit von vornherein strikte ablehnen.

Was haben diese Kräfte von einer erfolgreichen Zusammenarbeit zwischen Sozialisten und Christlichdemokraten zu befürchten? Die Isolierung der Kommunisten würde zweifellos noch mehr unterstrichen; sie müssten sich darauf gefasst machen, in dieser Lage jahrelang ausharren zu müssen, wobei die grossen Gefahren, welche eine solche "passive Zeit" mit sich führt, jedermann deutlich erkenntlich sind.

Ebenso sehen sich die Rechtsparteien von einer Zusammenarbeit zwischen der Democrazia Cristiana und Nenni schwer bedroht. Die Möglichkeit, dass die Christlichdemokraten nach ihrer stets hingestreckten Hand greifen, um eine Regierung auf die Beine zu stellen - wie dies im vergangenen Juli unglücklicherweise geschehen ist - würde sich kaum mehr ergeben. Denn es steht einwandfrei fest, dass die Democrazia Cristiana plus Sozialisten (Linksozialisten sowie Sozialdemokraten) eine durchaus stabile Mehrheit im Parlament aufzustellen in der Lage wären.

Aber die Opposition gegen die Verwirklichung dieses besonders von den Sozialdemokraten und Republikanern seit Jahren verfolgten Zieles ist in den beiden Lagern äusserst gross.

Die kürzlich abgehaltene Sitzung des Zentralkomitees der Linkssozialisten hat ergeben, dass in den letzten zwei Jahren (seit dem Parteitag von Neapel) die interne Opposition zur Verselbständigungs-Politik Nenni keineswegs nachgelassen hat, auch wenn sie einige Verluste verzeichnen muss. Die Abkehr von der jahrelang gemeinsam mit den Kommunisten geführten Politik begründete Nenni auf der Zentral-Komitee-Sitzung mit der Behauptung, der auf dem XX Kongress der Kommunistischen Partei Sowjet-Russlands begonnene "kritische Prozess" habe einen Stillstand erlitten, und die von allen Seiten erhoffte Demokratisierung aller kommunistischen Parteien habe nicht stattgefunden.

Diese neue These Nenni trägt auch praktisch bereits ihre Früchte. So hat z.B. die lokale Zeitung der Democrazia Cristiana in Mailand Verhandlungen mit den Linkssozialisten zur Bildung der mailänder Stadtregierung beschlossen. Dieser erste Schritt zur "Öffnung nach links" in einer solch bedeutenden Gemeindeverwaltung wie diejenige der lombardischen Hauptstadt wurde von den Liberalen, die doch mit ihrer Stimme im Parlament die Regierung unterstützen, auf schärfste angegriffen. Sie drohen offen mit dem Bruch der "Solidarität der demokratischen Mitte", was eine neue Regierungskrise zur Folge haben könnte.

Die innenparteiliche Opposition zu Nenni verfiicht dagegen die These, dass die "Öffnung nach links" - unter den heutigen Umständen einer Kapitulation vor der Democrazia Cristiana gleichkäme. Vielen politischen Beobachtern kommt jedoch die Opposition zu Nenni vielmehr als das Echo der kommunistischen Linie vor, welche sich gegen den Druck jener Einheitspolitik wehrt, die unter der kommunistischen Führung zustande gekommen war und jahrelang die demokratische Entwicklung des italienischen Sozialismus gehemmt hat.

Ebenso stark wie innerhalb der linkssozialistischen Partei sind in der Democrazia Cristiana jene Kräfte vertreten, die sich der Aufnahme von Verhandlungen mit Nenni widersetzen. Kardinal Montini hat bereits vor den Folgen der "Öffnung nach links" gewarnt. In einer denkwürdigen Predigt im Mailänder Dom erwähnte er deutlich die Leitung der Christlichdemokratischen Partei, nicht gegen die Prinzipien der Katholischen Kirche vorzugehen, die eben jegliche Zusammenarbeit mit den Sozialisten verbietet. Diese These findet unter den Christlichdemokraten, sei es aus politischen wie auch aus religiösen Gründen, viele Anhänger.

Wie vor zwei Jahren in Neapel, so werden auch dieses Mal den Delegierten der Sozialistischen Partei drei Entschliessungen vorgelegt werden. Es wird angenommen, dass Nenni nicht nur seine Stellung weiterhin behaupten, sondern auch dass er an Boden gewinnen wird. + + + - 5 -

Wohnungsbauminister nicht unterrichtet

Lücke will die Folgen seines eigenen Gesetzes nicht sehen

Von Fritz Büttner, MdB

Die, wenn auch regional unterschiedliche Zunahme der Räumungsklagen nach dem Inkrafttreten des Gesetzes zum Abbau der Wohnungszwangswirtschaft ist mir Anlaß gewesen, Bundesminister Lücke einige Fragen in der Bundestagssitzung am 18.1.1961 vorzulegen.

Es steht fest - ob es Herr Lücke nun wahrhaben will oder nicht -, daß gerade in den Gebieten, in denen die Wohnungsnot am größten ist, die Räumungsklagen am häufigsten sind. Rücksichtslos werden die Mieterhöhungen kassiert, gleichgültig, ob die Erhöhungen rechtlich begründet sind oder nicht. Teilweise trauen sich die Mieter nicht, eine Mehrzahlung abzulehnen, um einer Wohnungskündigung oder Räumungsklage aus dem Wege zu gehen. In Scharen kommen die Mieter zu ihren Verbänden, um die Mieten überprüfen zu lassen, Mieten werden unter Vorbehalt gezahlt. Die Richter sind wegen der zunehmenden Rechtsunsicherheit in ihren Urteilen zurückhaltend. Die Prüfung der Frage, ob eine Klage mit Aussicht auf Erfolg angestrengt werden kann, weil das Recht auf Mieterschutz in der Handhabung sehr erschwert wird, Mieten für Neubauten im gesetzlichen Rahmen zu halten, hat zur Voraussetzung, daß die Wohnungen mit öffentlichen Mitteln erstellt sind oder eine Grundsteuerermäßigung gewährt worden ist. Die Mieterorganisationen haben Schwierigkeiten, vor einer Klage diese Voraussetzung der Finanzierung zu überprüfen. Die maßgeblichen amtlichen Stellen verweigern eine Auskunft, sie berufen sich auf das Dienst- und Steuergeheimnis. So ist das Mieterschutzrecht für steuerbegünstigte Wohnungen durch die Handhabung in der Praxis ein scheinbares Recht geworden.

Alles das weiß der Herr Minister nicht. Er ist von der Zunahme der Räumungsklagen nichts bekannt. Er kennt auch nichts von den Auswirkungen seines Gesetzes hinsichtlich der Eigenbedarfsklage, die die Zwangsräumungen im Gefolge haben. Er macht sich auch keine Gedanken, daß für die Obdachlosen, deren Zahl sich ständig mehrt, etwas geschehen muß.

Die Obdachlosenfürsorge ist nach geltendem Recht keine Aufgabe des Bundes. Sie ist Aufgabe der Gemeinden. Der Bund kann daher hierfür auch keine Mittel zur Verfügung stellen. So sagt der Bundesminister in der Fragestunde.

Ich meine, daß es auch keine Aufgabe des Bundes ist, Gesetze zu machen, die die Gemeinden in solche Schwierigkeiten bringen und hinterher so zu tun, als wenn das Gesetz keine Auswirkungen habe.

Ein Trost, wenn auch ein sehr schwacher: der Herr Minister will sich Mühe machen, einen Bericht über die Auswirkungen des Gesetzes zu erstellen. Weniger tröstlich ist die Tatsache, daß in den sogenannten "Weißen Kreisen", in denen nach der Theorie des Lücke-Planes eine Wohnungsnot nicht mehr besteht, die Gerichte zu einer anderen Beurteilung des Vollstreckungsschutzes bei der Räumungsklage kommen. Wer in einem solchen Kreis eine aus der Wohnraumbewirtschaftung auf Grund des Gesetzes herausgefallene Wohnung bewohnt, hat als Räumungspflichtiger

keinen Vollstreckungsschutz gemäß §§ 30, 31 des Wohnraumbewirtschaftungsgesetzes. Das mag formal sogar richtig sein. Die räumungspflichtig gewordenen Mieter genießen nur noch den mehr als dürftigen Vollstreckungsschutz des § 765a ZPO (allgemeine Härteklausele). Diese Räumungspflichtigen gehen dann als Obdachlose zu ihrer Gemeinde, die ohne einen Bundeszuschuß für ihre Unterkunft sorgen dürfen. - Von der Wohnungsnot aber, von der Verschärfung der Wohnungslage durch sein Gesetz weiß der Herr Minister nichts. "Das ist mir nicht bekannt", hat er in der Bundestagssitzung gesagt...

+ + +

Arzneikostenbeteiligung einmalig in ganz Europa !

Das nennt man "Begrenzung des Sozialstaates"

sp - Die von der CDU/CSU-Mehrheit in einer Kamplabstimmung im Sozialpolitischen Ausschuß des Bundestages durchgesetzte Erhöhung der Arzneikostenbeteiligung bedeutet eine Veränderung der bisherigen Beteiligung. Anstatt 50 Pfg. für jedes Rezeptblatt soll der Kranke jetzt 50 Pfennige für jede einzelne Verordnung bezahlen. Alle Ausnahmen sind grundsätzlich beseitigt worden!

Auch bei länger dauernden schweren Erkrankungen ist die Arzneikostenbeteiligung entgegen dem geltenden Recht voll zu zahlen. Insgesamt sollen die Versicherten, wie Sachverständige feststellten, 30 Prozent des Arzneiaufwandes tragen. Das ist eine in ganz Europa einmalige Kostenbeteiligung am Arzneiaufwand.

Betroffen sind in erster Linie alte und chronisch kranke Menschen. Trotzdem hat es die CDU/CSU abgelehnt, auch nur eine Erleichterung für die Rentner zu schaffen. - Nur in Härtefällen dürfen die Kassen Ausnahmen zulassen. Das bedeutet - erstmalig in der Geschichte der gesetzlichen Krankenversicherung! - die Einführung von Bedürftigkeitsprüfungen. Es bestätigt sich, daß die Politik der Begrenzung des Sozialstaates dazu führt, daß der Rechtsanspruch auf Leistungen der sozialen Sicherung zunehmend ausgehöhlt wird.

Es geht aber nicht an, daß alte und kranke Menschen, wenn sie aus dem Arbeitsleben herausgerissen werden, sich entwürdigenden Bedürftigkeitsprüfungen unterwerfen müssen. Das ist die Praxis der von der CDU geforderten Politik der "Begrenzung des Sozialstaates".

Die SPD wird alles tun, um zu verhindern, daß die beabsichtigte Verschlechterung der Arzneimittelversorgung für die Sozialversicherten Gesetz wird.

+ + +

Militärische Internationale in Heidelberg

"Vollintegriertes Bataillon" - Generalstab ohne Befehlsgewalt Reportage von Günther Paschner

Auf dem Schreibtisch des amerikanischen Oberstleutnants Cooke in der Heidelberger Campbell-Kaserne stehen drei kleine Flaggen, eine Trikolore, ein Sternenbanner und einmal Schwarz-Rot-Gold. Über Soldaten aus drei Nationen gebietet der Lt.-Col. Cooke, über eine amerikanische, französische und eine deutsche Kompanie. Dieses "voll integrierte Bataillon" ist das einzige seiner Art in Deutschland - ein Ähnliches soll es nur noch in Frankreich geben - und der Stolz einiger NATO-Offiziere, die hier zwischen-nationale Zusammenarbeit vom Schützer bis zum Vier-Sterne-General vorzerzieren. Allerdings: alles sehr salopp und leger, geradezu zivil. Wenn man jedoch mit einem Offizier durch die umfangreiche Anlage schlendert, die einstmals Grossdeutschland-Kaserne hiess und heute nach einem der zahlreichen berühmten Sprossen der anglo-amerikanischen Campbell-Dynastien benannt ist, wird man durch das ständige soldatische Grüssen daran erinnert, dass man sich in einem militärischen Areal befindet, das den Oberbefehlshaber der amerikanischen Landstreitkräfte und Europa mit seinem umfangreichen Stab und dem Kommandostand der NATO-integrierten Keeresgruppe Mitte beherbergt. US-Vier-Sterne General Bruce Clarke befehligt die eine Gruppe, im wortschöpferischen NATO-Militärisch kurz USAREUR (US-Army in Europe) genannt, der amerikanische Zwei-Sterne-General Christian Clarke die andere, CENTAG (Central Army Group) genannt.

Generale ohne Truppen

"Befehlen" ist allerdings im Falle CENTAG geschmeichelt. Christian Clarke und seine beiden Stellvertreter, der französische General Demontjant und der deutsche Brigadegeneral Berendsen, haben ausser ihrem mit dem in Krieg und Frieden gleichermassen unvermeidlichen "Papierkrieg" beschäftigten Mitarbeiter mit und ohne militärischen Rang keine Truppen, die ihnen unterstellt sind und über die sie nun die Kommandogewalt ausüben könnten. Und der Besucher, durch die zur Zeit noch national-unterbesetzte "Information Division" - die beiden Presseoffiziere, US-Major Heferman und Bundeswehr-Major Collet warten noch auf ihren durch den Algerienkrieg direkt oder indirekt verhinderten französischen Kollegen - bereitwilligst informiert, wünscht insgeheim, dass das CENTAG-Dreier-Kommando niemals in den Besitz direkter Befehlsgewalt über die in Stuttgart stationierte 7. US-Armee, die in Baden-Baden liegende 1. französische Armee und das 2. und 3. Bundeswehr-Corps gelangen möge. Dann wäre nämlich der Tag X da, der Ernstfall, vor dem uns der gütige Himmel bewahren möge. General Morstads SHAPE (Supreme Headquarter of Allied Powers in Europe) bzw. der NATO-Rat würden über den Oberkommandierenden Mitteleuropa, den französischen General Challe, den Einsatzbefehl geben...

So bleibt heute - trotz Integration, wie das Fach-Fremdwort für den Zusammenschluss lautet - der "nationale Weg" für Ausbildung, Versorgung, Besoldung, Disziplinarangelegenheiten bei den Einheiten. Die Amerikaner stellen 50 Prozent der Streitkräfte der CENTAG, den

Rest teilen sich Franzosen und Deutsche je zur Hälfte. Allerdings sind die französischen Einheiten und Stäbe - zum Kummer ihrer amerikanischen und west-deutschen Kameraden - bis zur Stunde noch nicht komplett, während die integrationsfreudige Bundeswehr alles bis zum letzten ausgebildeten Soldaten dem NATO-Kommando unterstellt. Der "schmutzige Krieg" in Algerien hält viele französische Offiziere und Mannschaften davon ab, ihre vergleichsweise recht belichteten Posten in Deutschland anzutreten.

Keine nationalen Bevorzugungen

Seit dem 4. Oktober vergangenen Jahres besteht das Support Command, so heisst das Drei-Nationen-Stabsbataillon im exakten NATO-Englisch. Mit tausenden von Dienstleistungen steht es dem CENTAG-Stab zur Seite, Dienstleistungen, die ein militärisches Kommando ohne zivile kommerzielle, kommunale oder staatliche Hilfe selbst verrichten kann. Ob es sich um die jeden Offizier (gleich welcher Nationalität) stramm grüssende MP-Wache vor dem Portal des Hauptquartiers, die Gestellung von Fahrzeugen oder eine simple Kalenderunterlage für den Presseoffizier handelt - für alles ist das Support Command zuständig. Am engsten ist die internationale Zusammenarbeit - von der gemischten MP einmal abgesehen - bei der technischen Einheit, dem Pionier-Zug, Hauptmann Webers Bundeswehr Pioniere arbeiten an der Hobbank oder im Motorpool nicht selten mit amerikanischem Material, das der US-Steuerzahler in grosszügigeren Mengen zur Verfügung stellt als sein westdeutscher Leidensgenosse.

Die Zusammensetzung von Arbeitskolonnen richtet sich - wie amerikanische und deutsche Offiziere glaubhaft versicherten - allein nach den Notwendigkeiten. Nationale Bevorzugungen oder Zurückstellungen gäbe es grundsätzlich keine. So traf ich neun GIs und drei Bundeswehr-Soldaten, die gemeinsam Sandsäcke auffüllten. Das Kommando hatte ein deutscher Feldwebel. Alle Offiziere und Unteroffiziere beteuerten, dass es in Führungsfragen keine Kompetenzschwierigkeiten gebe: der ranghöchste anwesende Soldat führe jeweils das Kommando.

Sprachprobleme

Überhaupt: psychologische Schwierigkeiten wollen die integrierten Soldaten nicht gelten lassen. Lieutenant-Colonel Cooke bezeichnet die - mehr oder minder technischen - Sprachschwierigkeiten als Problem Nr. 1. Gemeinsamer Sprachunterricht soll dem abhelfen. Damit würde auch - in Lt.-Col. Cooke Rangordnung - das weitgrösste Problem gelöst, die Schüchternheit. In der Tat: beim Mittagessen in der Unteroffiziersmesse - auf die Dreiteilung-Mannschaft-, Unteroffiziers- und Offiziersmesse wird streng geachtet - setzten sich Deutsche, Franzosen und Amerikaner an getrennte Tische. Meint Presse-Major Collet: "So können sie sich wenigstens richtig unterhalten ...". Sie können es. Weder gestört durch das unbefugte Zuhören untergeordneter Mannschaftsdienstgrade, noch durch die hemmende Anwesenheit vorgesetzter Offiziere. Zwar handelt es sich bei dem CENTAG-Stabsbataillon um ausgesuchte Leute - Cooke: "They're proud of doing their duty!" - Sie sind stolz darauf, ihre Pflicht tun zu können! - Aber ausser den in allen Ländern gleichen soldatischen Tugenden noch Fremdsprachenkenntnisse zu verlangen, heisst manchmal selbst Offiziere überfordern. So war denn der Führer der amerikanischen C-Company,

erster Lieutenant Kammer, zeitweilig sogar von unserer Unterhaltung ausgeschlossen, während wir, Offiziere und der Journalisten-Besucher, bei dem für alle Nationen gekochten, abwechslungs- und vitaminreichen amerikanischen Dinner saßen.

Marilyn Monroe und Brigitte Bardot

Trotzdem gibt es auch für Lieutenant Kammer keine Schwierigkeiten der supra-nationalen Zusammenarbeit. "Nicht mehr Schwierigkeiten, als in jeder Truppe." Zwar hausen die Männer seiner Kompanie in spartanischer Einfachheit auf ihren Stuben in der Patton-Kaserne, eine Viertel-Autostunde vom Hauptquartier entfernt - aber was ihre deutschen Kameraden auf demselben Flur gleich nebenan auf deren Stuben haben - Radios, Blumen, Bücher, Tisch und Stühle - finden seine Boys im Club, der den Familientisch nebst Wohnzimmer und Hobby-Ecke ersetzt. So kommen die GIs mit Bett und Spind aus. Bücher, Musikinstrumente, Bastelwerkzeug, Gesellschaftsspiele, Sportgeräte hat der Club für sie, wo (ebenso wie auf manchen Stuben) Marilyn Monroe und Brigitte Bardot die formvollendeten Symbole dieser militärischen Internationale bilden. Beide haben längst ihren Platz an den Spindwänden der Soldaten jeglicher Nation erobert. (Die Club-Masche der Amerikaner hat indes auch in Bundeswehrcasernen längst preussische Tradition gebrochen und die Offiziere wissen über daraus resultierende Vorteile zu berichten: Der Soldat hat so wenig wie möglich Privatgepäck und ist in seiner dienstfreien Zeit an einen Platz - im Club - zu ersicken; beides erhöht die Alarm- und Einsatzbereitschaft.)

Jedes Übel hat auch eine gute Seite

Jedes Übel hat auch eine gute Seite, zitierte US-Major Heferman ein amerikanisches Sprichwort. Er meinte damit die Niederlage Hitler-Deutschlands und die darauf folgende Zusammenarbeit der westlichen Welt. Zum ersten Mal in der Geschichte wurde aus Soldaten verschiedener Nationen eine grosse Armee gebildet. Die erste militärische Internationale der Welt. Die Zusammenarbeit in Heidelberg sei besser, als in manchem anderen Hauptquartier seiner eigenen Armee, meint Heferman. Denn natürlich gibt sich jeder Offizier und Soldat in einem solchen Kommando besonders Mühe, weil er - bewusst oder unbewusst - doch immer ein wenig auch seine Nation repräsentiert. Die Bundeswehr-Deutschen leisten ihren Anpassungsbeitrag, indem sie sich erfreulich "zivil" - soweit in Uniform möglich - und leger geben. Und ohne entnazifizierte Weltkriegs-II-Orden. Aber da Ausnahmen die Regel bestätigen, traf ich als einzigen deutschen Soldaten in amerikanischen US-Headquarter Ex-CDU-MdB und Brigadegeneral Berendsen mit ordengeschmückter Brust an. So dokumentiert wenigstens der Herr General stellvertretend für seine Truppe die Gleichrangigkeit in puncto Kriegserfahrung...

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel